



Bernd Uwe Rasch

Liebe Reinbekerinnen, Liebe Reinbeker,

seit der Kommunalwahl am 14. Mai 2023 vertrete ich Ihre Interessen als Abgeordneter im Stormarner Kreistag. In den zurück liegenden 2 Jahren konnte ich feststellen, dass die Kreispolitik zwar durchaus direkt Einfluss auf das Leben der Bürger ausübt, jedoch kaum über die Entscheidungen des Kreistages in den Medien berichtet wird. Unabhängig von Wahlterminen will ich Sie mit diesem Flugblatt über die kommunalpolitischen Vorgänge im Stormarner Kreistag auf dem Laufenden halten.

1. Finanzielle Lage des Kreises Stormarn

Seit vielen Jahren ist der Kreis Stormarn landesweit als finanziell gut aufgestellter Landkreis bekannt. Der Grundstein dazu wurde durch das vorausschauende und sparsame Handeln unseres früheren Landrates Klaus Plöger gelegt. So konnten durch Jahresabschlüsse mit Überschuss Rücklagen von ca. 150 Mio. € gebildet werden. Leider hat sich in den letzten zwei Jahren eine komplette Umkehr dieser Verhältnisse eingestellt. Der Haushaltsplan für 2025 schließt bei einem Gesamtvolumen von ca. 560 Mio. € mit einem Defizit von annähernd 29 Mio. € ab. Anders als in den Vorjahren zeichnet sich jetzt schon ab, dass das Ergebnis am Jahresende sogar noch schlechter sein wird. Die Finanzplanung für die nächsten Jahre lässt noch höhere Defizite erwarten. Mit einem kompletten Verzehr der Rücklagen innerhalb von 3 bis 4 Jahren ist zu rechnen. Drei Faktoren sind für diese dramatische Entwicklung verantwortlich.

Die Ausgaben für Kindertagesstätten, Tagespflege, Jugendhilfe und Jugendarbeit sind seit 2021 um mehr als 79 Mio. € auf aktuell 217,4 Mio. € gestiegen. In diesem Bereich ergeben sich viele Ausgaben durch Landes- und Bundesgesetze. Leider sorgen weder Land noch Bund bei höheren und zusätzlichen Sozialleistungen für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kreise. Aber auch durch Kreistagsbeschluss wurde noch die eine oder andere zusätzliche Sozialleistung geschaffen.

Seit 2020 wurden in der Kreisverwaltung 210 zusätzliche Vollzeitstellen geschaffen. Dadurch stiegen die Personalkosten im gleichen Zeitraum um 26 Mio. € auf aktuell 73,7 Mio. €.

Die Ausgaben für den ÖPNV und die Schülerbeförderung sind seit 2020 um 17 Mio. € auf aktuell 29,4 Mio. € gestiegen. Unter anderem ist hier festzustellen, dass sich bei Einsatz von Elektrobussen die Kosten nahezu verdoppeln. Noch ist der Umfang der eingesetzten Elektrobusse gering, aber schon jetzt macht sich dies in den Zahlen bemerkbar.

Die Kreispolitik und Kreisverwaltung sind aus Sicht der FDP nun aufgefordert, alle selbst beeinflussbaren Möglichkeiten zur Reduzierung der Kosten intensiv zu prüfen. Nicht alles was wünschenswert ist, ist auch erforderlich. In einem ersten Schritt konnten wir die Zusage des Landrates erreichen, dass für das Jahr 2026 keine weiteren neuen Stellen vorgesehen werden.

2. Klimaschutz und Klimaanpassung

Das Klimaschutzmanagement des Kreises Stormarn feiert in diesem Jahr 30-jähriges Jubiläum. Die aktuell vier Mitarbeiter dieses Bereiches sind engagiert, haben in den zurückliegenden Jahren viele Ideen entwickelt und Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung auf den Weg gebracht. Insbesondere die eigenen Liegenschaften des Kreises wurden und werden Schritt für Schritt saniert und energetisch optimiert. Leider ist festzustellen, dass außerhalb der direkten Zuständigkeit des Kreises dieses Wirken nur wenig erfolgreich war. So ist der CO₂ Ausstoß im Kreis Stormarn über alle Bereiche von 1990 bis zum Jahr 2022 (aktuellere Zahlen liegen noch nicht vor) zwar um 20 % gesunken. Vergleicht man dies mit der CO₂-Reduzierung in ganz Deutschland, die im gleichen Zeitraum knapp 40 % beträgt, stellt sich jedoch Ernüchterung ein. Hinzu kommt, dass in den letzten Jahren in Stormarn gar keine spürbare CO₂-Reduzierung mehr ermittelbar ist. Es ist also höchste Zeit das Konzept des Klimaschutzmanagements im Kreis neu zu überdenken.

Bei einem aktuellen Gesamtausstoß von 2,4 Mio. Tonnen CO₂ in Stormarn lässt sich schon jetzt vorhersagen, dass der Kreis das für 2030 selbst gesteckte Ziel von 1,0 Mio. Tonnen CO₂ deutlich verfehlen wird. Umso wichtiger ist es, die Maßnahmen zur Anpassung an ein verändertes Klima mit größerem Elan als bisher

voran zu treiben. Ein entsprechendes Konzept wurde im Jahr 2024 verabschiedet. Leider ist die Umsetzung bisher als eher schleppend zu bezeichnen. Die Anpassung an ein sich veränderndes Klima ist für die Menschheit nicht neu. Neu ist jedoch das Tempo mit dem diese Anpassung erfolgen muss. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Klimaanpassung einen Schwerpunkt im Bereich Klimaschutz des Kreises bildet.

3. Müllgebühren der AWSH

Die Abfallentsorgung in Stormarn erfolgt durch die Abfallwirtschaft Südholstein GmbH oder kurz AWSH. Diese ist eine Tochtergesellschaft der Landkreise Herzogtum Lauenburg und Stormarn sowie des Privatunternehmens Service Plus. Die Landkreise besitzen zusammen die Mehrheit an diesem Unternehmen. Die Müllgebühren sind jährlich aufgrund der zu erwartenden Kosten neu zu kalkulieren und vom Kreistag zu bestätigen. Überschüsse aus den Vorjahren sind in der Neukalkulation gebührenmindernd zu berücksichtigen. Obwohl die Kosten der AWSH stark von Energiepreisen und der Lohnkostenentwicklung abhängig sind, waren in den zurückliegenden zwei Jahren nur geringe Anpassungen der Müllgebühren erforderlich. Im landesweiten Vergleich der Müllgebühren bewegt sich Stormarn am unteren Ende der Skala. Ohne Übertreibung kann man die AWSH daher als Erfolgsmodell bezeichnen. Die gelungene Mischung aus öffentlichen und privaten Anteilseignern ist sicher ein Grundstein dieses Erfolges.

4. Suche nach Atommüllendlager

Auch im Kreis Stormarn finden sich Salzstöcke und Tonformationen. Diese werden schrittweise untersucht ob eine Eignung für die Einlagerung von radioaktivem Abfall besteht. Die in Schleswig-Holstein und Stormarn befindlichen Salzstöcke wurden im Erkundungsverfahren bereits als ungeeignet eingestuft. Die Prüfung der Tonformationen hat noch nicht begonnen. Sobald es hier neue Informationen gibt, werde ich Sie informieren.

5. Umgang mit der AfD

Anders als in der Reinbeker Stadtvertretung gibt es im Stormarner Kreistag eine AfD-Fraktion. Seit der ersten Sitzung des neuen Kreistages wird über den Umgang mit der AfD-Fraktion diskutiert und gestritten. Jeder Fraktion stehen nach Kommunalrecht die Vorschlagsrechte für die Positionen eines Ausschussvorsitzenden oder stellvertretenden Ausschussvorsitzenden zu. Die von der Fraktion vorgeschlagene Person muss durch eine Wahl im Kreistag bestätigt werden. Bei dieser Wahl sind die Kreistagsabgeordneten nur ihrem Gewissen verpflichtet. Auf Antrag ist die Wahl geheim durchzuführen. Dieses ist ein in unserer Verfassung festgelegtes Grundrecht um zu gewährleisten, dass Abgeordnete nicht wie in einer Diktatur zu einer bestimmten Wahl gedrängt werden. Bis heute erhielt kein von der AfD vorgeschlagener Vorsitzender für den Hauptausschuss die erforderliche Mehrheit. Ob dieses Wahlverhalten wirklich dazu geeignet ist, ein weiteres Erstarken der AfD zu verhindern, kann durchaus bezweifelt werden.

Erschrocken bin ich jedoch über das Verhalten einiger Kreistagsabgeordneter. Ein zentrales Merkmal demokratischer Staaten ist das Recht auf geheime Wahl. Dennoch forderte ein Kreistagsabgeordneter den Kreistag auf, dieses demokratische Recht bei der Wahl des Ausschussvorsitzenden nicht wahrzunehmen.

Die Geschäftsordnung des Kreises wurde mit Blick auf die AfD mehrfach geändert, unter anderem um die Rechte kleinerer Fraktionen zu beschneiden. Dass man mit einem solchen Verhalten nicht nur die AfD trifft, wurde in Kauf genommen. Ich halte dieses Vorgehen für gefährlich. Wer im Glauben die Demokratie zu beschützen, demokratische Rechte einschränkt, wird die Demokratie am Ende verloren haben. Viel sinnvoller ist es, mit guter und nachvollziehbarer Politik eine Protestpartei wie die AfD überflüssig zu machen. Die AfD-Fraktion selbst ist in sich zerstritten und wenig ambitioniert, ein Wille zur Gestaltung ist nicht erkennbar.

*Ich stehe Ihnen gern für weitere Fragen telefonisch oder per Mail zur Verfügung.
Ich wünsche Ihnen eine schöne Sommerzeit!*

Reinbek, im Sommer 2025

Bernd Uwe Rasch
Schaumanns Kamp 2d
21465 Reinbek
Telefon: 0172 6248824
rasch@fdp-reinbek.de